



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/HII/133

Hannover, 1. November 1948

Gemeinsam und schnell

Bonn in der Sicht der Tagung von Speyer

sp. Dass die Tagung des Vorstandes der SPD am 29. und 30. Oktober in Speyer stattfand, war ebenso für das französisch besetzte Land Rheinland-Pfalz wie für die sozialdemokratische Partei ein Ereignis von besonderer Bedeutung. Die Bereitschaft der Besatzungsmacht, frühere Widerstände gegen eine freie Betätigung der SPD im überzonalen Rahmen aufzugeben, liegt übrigens schon etwa zwei Monate zurück. Aber nach manchen Erfahrungen hatte man Grund zu der Annahme, dass zwischen dieser theoretischen Bereitschaft und der Praxis eine Lücke klaffen würde, wenn eines Tages die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte. Aber es ist glatt gegangen und ausserdem ohne Schwierigkeiten.

Sicher hat wesentlich die allgemeine Aufhebung der Zonengrenzkontrolle dazu beigetragen. Aber hier wurde ohne Zweifel auch ein Wandel in der grundsätzlichen Einstellung der französischen Besatzungsmacht sichtbar. Ollenhauer erklärte denn auch einem Pressevertreter, dass seine Frage, er sei der Meinung, dass es sich bei dieser neu gewonnenen Möglichkeit der SPD, sich auch in der dritten westdeutschen Zone frei zu entfalten, keineswegs um einen Sonderfall, sondern den Beginn einer neuen Etappe handle. Die Tagung fand in der Öffentlichkeit, schon wegen ihres Neuigkeitwertes, sehr starke Aufmerksamkeit. Die CDU hatte es für zweckmäßig gehalten, in der Person von Jakob Kaiser, der in Landau sprechen sollte oder gesprochen hat, sehr rasch Gegenschütz aufzuführen und ein Gegengewicht dagegen zu schaffen, dass eine ganze Reihe von führenden Sozialdemokraten aus Anlass ihres Aufenthaltes in der näheren und weiteren Umgebung von Speyer in den in Gang befindlichen Wahlkampf in Rheinland-Pfalz eingriffs, unter ihnen Erich Ollenhauer, Franz Neumann und Otto Suhr aus Berlin und Oberbürgermeister Gayk-Kiel.

Von vornherein war vorgesehen, die Beratungen in Bonn in der Mittelpunkt dieser Vorstandssitzung zu stellen. Diese Beratungen sind jetzt in ihrem ersten grossen Teil abgeschlossen, in der Arbeit der Fachausschüsse. Auch die interfraktionelle Einigung hat schon gewisse Fortschritte gemacht. Ein quantitativ kleiner, aber sehr wesentlicher Rest von Meinungsverschiedenheiten blieb zunächst.

Der Terminkalender für den weiteren Weg in Bonn sieht etwa folgendermassen aus: Selbst wenn man Ende November zur Verabschiedung des Grundgesetzes kommen sollte, worauf man mit aller Entschiedenheit hinarbeiten müsste, weiss man noch nicht bestimmt, ob die Militär-

regierungen sich zum Verzicht auf den Volksentscheid werden entschließen können. Am wenigsten sicher ist man sich in dieser Hinsicht der Amerikaner. Eine Ratifizierung durch die Landtage könnte, wenn das Grundgesetz mit einer SPD-CDU-Mehrheit angenommen wäre, vielleicht in vierzehn Tagen erfolgen. Dann muss aber noch Ende Dezember das Wahlgesetz zustande gebracht werden, das in seinen Einzelheiten ja nicht unter die Zuständigkeit des Parlamentarischen Rates fällt, sondern entweder durch Beschluss der Militärregierungen, oder durch einen gemeinsamen Akt der Ministerpräsidenten zu schaffen ist. Mit den Wahlen selbst ist nach alledem nicht vor der zweiten Märzhälfte nächsten Jahres zu rechnen.

Die Sozialdemokratie hat von Beginn der Bonner Beratungen an auf Beschleunigung gedrängt, weil sie sich der überragenden Bedeutung einer schnellen Entscheidung für die allgemeine politische Situation und insbesondere die in Berlin bewusst war. Nachdem nun in Berlin für Anfang Dezember Wahlen bevorstehen, sind schnelle und klare Entscheidungen umso notwendiger. Die SPD ging und geht bei ihren Überlegungen weiter davon aus, dass das Grundgesetz, wenn es im Bewusstsein der Bevölkerung als Auftakt eines selbständigen Verfassungslebens Leben gewinnen und Geltung haben soll, von einer grossen Mehrheit der in Bonn versammelten Abgeordneten getragen sein muss. Beide Erfordernisse, das der schnellen und der gemeinsamen Erledigung, gilt es, miteinander zu verbinden.

In diesem Punkt aber muss gesagt werden, dass das unklare, zögernde und widerspruchsvolle Verhalten der CDU/CSU der SPD die Verwirklichung dieser ihrer Absichten, die ganz ohne Zweifel ein Gesamtinteresse darstellen, sehr erschwert hat. Die Gründe dafür liegen einmal in der gerade in Bonn wieder krass zu Tage getretenen politischen Uneinlichkeit der CDU/CSU, dann - vielleicht - auch in gewissen außenpolitischen Überlegungen massgebender CDU-Kreise, die glauben, es sei unter dem besonderen Gesichtspunkt der Politik ihrer Partei zweckmässig, gewisse politische Entwicklungen, vor allem wohl im Westen, erst ausreifen zu lassen, ehe man sich durch feste Beschlüsse bindet. Insbesondere hat dann aber auch die Bedrohung eine erhebliche Rolle gespielt, die die Bayern-Partei mit ihrem klar separatistischen Kurs für die bayerische CSU und damit indirekt für die CDU darstellt. Das ist so weit gegangen, dass im letzten Stadium der Verhandlungen, als es um einen bestimmten Vorschlag der SPD ging - und diese Phase ist noch nicht überwunden - der Adenauer-Lehr-Flügel der CDU der bayerischen CSU den Vorwurf gemacht hat sie habe sich vor den Wagen der SPD spannen lassen, um die CDU der britische Zone möglichst weitgehend auszuschalten und in diesem Freundschaftsstreit die Bayern-Partei schliesslich sogar das kriegerische Potential der agrarischen Autokratie Bayerns als Argument ins Gefecht führte. Wie stark diese inneren Gegensätze die Bewegungsfreiheit der CDU/CSU behindern und damit auch den Fortgang der gesamten Beratungen in Bonn, ergibt sich auch aus der Hartnäckigkeit, mit der die Partei immer wieder einer öffentlichen Diskussion der schwebenden Fragen und der bestehenden Meinungsunterschiede ausweicht. Auch die zuletzt vor einbartenden interfraktionellen Besprechungen sind wieder von der CDU/CSU abgebrochen worden. Die SPD wird vermutlich auf der ursprünglichen Übereinkunft bestehen, oder den Hauptausschuss einberufen lassen, und zwar noch diese Woche der ja bekanntlich öffentlich tagt. Man ist jedenfalls der Ansicht, dass jetzt endlich Klarheit geschaffen werden muss.

Bei geht es im Grunde, was gewiss nicht mehr neu ist, im wesentlichen nur noch um eine einzige, allerdings entscheidend wichtige Frage: die künftige Stellung der sogenannten zweiten Kammer. Die SPD legt in diesem Punkt...

1. November 1948

legt in diesem Punkt das grössere Gewicht auf ihre Funktionen, als auf ihre Zusammensetzung. Und diese Funktion soll nach sozialdemokratischer Ansicht im wesentlichen auf die Möglichkeit beschränkt bleiben, gegen Gesetzgebungsakte der ersten Kammer, also der eigentlichen Volkvertretung, ein Veto einzulegen. Dabei ist auch noch offen, mit welcher Mehrheit die Volkammer einen solchen Einspruch sollte überwinden können, eine Zweidrittelmehrheit wird in der Sozialdemokratie überwiegend als eine zu weitgehende Konzession an die Gegenseite angesehen. Dafür ist die SPD bereit, bei der Zusammensetzung auf das Senatsprinzip, also der Bildung der zweiten Kammer durch Wahlen, abzugeben und das Bundesratsprinzip, also die Ernennung von Mitgliedern der einzelnen Länderregierungen, anzunehmen. Vielleicht könnte nach sozialdemokratischer Auffassung weiterhin in einer Frage, nämlich der Gestaltung des Finanzausgleichs zwischen den Ländern eine Sonderregelung im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung der Länderinteressenvertretung getroffen werden.

Die Sozialdemokratie, das soll in aller Klarheit wiederholt werden, um immer wieder auftauchenden Missverständnissen zu begegnen, hat sich bereits in ihrem verfassungspolitischen Richtlinien mit dem Bundesstaatscharakter eines künftigen Deutschland einverstanden erklärt, womit sie übrigens besonders schlagend bewies, wie ungerecht der Vorwurf gegen sie erhoben ist, sie sei doktrinär und unzugänglich für offenkundige Notwendigkeiten einer politischen Situation, wenn diese im Gegensatz zu ihren ursprünglichen und prinzipiellen Auffassungen stehen. So ist die SPD durchaus bereit, dem Länderelement im deutschen Verfassungsleben in vertretbarem Rahmen Raum zugeben. Aber sie wünscht ein Übergewicht des Bundes, also keinen Staatenbund. Die SPD ist bereit, alles ihr irgendmögliche zu tun, um eine Einigung mit der CDU zu erreichen und damit dem kommenden Grundgesetz die unerlässliche breite Basis zu geben. Sie ist aber nicht bereit, diese Einigung mit der anderen grossen Fraktion im Parlamentarischen Rat unter Verzicht auf Grundsätze zu erkaufen, die sie nach ihren Vorstellungen für das deutsche Gesamtinteresse für lebenswichtig hält. Diese Einstellung, vor deutlich in den präzisen Vorschlägen, die inzwischen der CDU gemacht worden sind, ist für Parteivorstand wie Fraktion bindend und es wäre eine sehr gefährliche Annahme der anderen Seite, sie hätte ein Recht, das zu bezweifeln.

Prominente sowjetische Deserteure

sp. Unter den zehntausenden russischen Deserteuren, die in den letzten Monaten aus der sowjetischen Besatzungszone nach dem Westen geflohen sind, befinden sich zahlreiche Intellektuelle und Wissenschaftler, sowie hohe Militärs. Insgesamt suchten ein Generaloberst und 24 Generale, darunter auch Generalleutnant Gregory Tokayeff, der ehemalige Chef der technischen Luftfahrtabteilung im militärischen Hauptquartier der Russen, den Weg in die Freiheit. Zu den Zivilisten, die der Flucht lückte, gehören der ehemalige Direktor der Wirtschaftsabteilung des Instituts der Völker des Fortiens, K.G. Molodowski, sowie A. Karvinski, ein bekannter Fachmann der sowjetischen Bodenforschung, und der Physiker V. Brailowski, der zu den ersten russischen Kernphysikern zählt. Bekanntenswert ist, dass die Zahl der geflüchteten ehemaligen Mitglieder der Kommunistischen Partei Russlands viertel so hoch ist wie die der Nichtparteimitglieder. Die meisten der geflüchteten russischen Offiziere beherrschen die deutsche Sprache in Wort und Schrift. (n/B65/III/2/ko)

Schwierige Stellung der französischen Sozialisten

A. F. Paris, Anfang November

Frankreichs Sozialisten sind durch ihre Teilnahme an allen Nachkriegsregierungen doppelt belastet. Einerseits müssen sie in schwieriger Zeit die Verantwortung für zwangsläufig unpopuläre Maßnahmen übernehmen, andererseits werden sie seit rund 18 Monaten aus Koalitionserücksichten zur Billigung einer ihren Grundsätzen und ihrer besseren Erkenntnis zuwiderlaufenden liberalistischen Wirtschaftspolitik gezwungen. Dieser Widerspruch hat das Ansehen der sozialistischen Partei umso tiefer erschüttert, als der Wirtschaftsliberalismus in verhängnisvollster Form Schiffbruch gelitten hat: Spekulation und gewissenloser Egoismus haben die Preise in die Höhe getrieben und die Kaufkraft der Massen ständig geschwächt. Es ist klar, daß sich eine sozialistische Partei, die sich nur auf die kleinen Leute stützen kann, nicht ungestraft an einer Politik der Kaufkraftverminderung zu beteiligen vermag, selbst wenn sie sich innerhalb der Regierung die größte Mühe gegeben hat, die materiellen Interessen der breiten Masse so weitgehend wie nur möglich zu verteidigen. Im politischen Leben entscheiden nicht die Absichten, seien sie auch noch so ehrlich und prinzipientreu, sondern die Erfolge oder Mißerfolge. In französischen sozialistischen Kreisen macht man sich heute keine Illusionen mehr über den folgenschweren Zusammenbruch des Regierungsexperiments der Nachkriegsjahre. Die Partei ist das Opfer der Ereignisse und Verhältnisse geworden. Jede Wahl brachte Stimmenverluste, die Mitgliederzahl ist empfindlich zusammengeschrumpft und man befürchtet, daß der Tiefpunkt noch nicht erreicht sein könnte.

Innerhalb der Partei bemüht man sich seit einigen Monaten, das Steuer herumzureißen, um dem demokratischen Sozialismus in Frankreich wieder einen für die Erhaltung der Republik lebenswichtigen ersten Platz zu sichern. Die Entscheidung über den zukünftigen Weg der französischen Sozialisten dürfte am 14. November anlässlich der Tagung eines außerordentlichen und erweiterten Nationalrats fallen.

Drei Tendenzen stehen sich gegenüber. Eine Gruppe, die man, mit gewissen Vorbehalten, den rechten Flügel der Partei nennen könnte, empfiehlt die Politik des kleineren Übels, d.h. die weitere Beteiligung an Koalitionsregierungen, um Neuwahlen und die damit zusammenhängende gaullistische Gefahr um jeden Preis zu vermeiden. Zu dieser Gruppe gehören nicht alle sozialistischen Minister, wohl aber der Innenminister Moch und der Arbeitsminister Daniel Mayer. Die zweite Gruppe am entgegengesetzten Ende fordert den sofortigen Austritt aus der Regierung, kompromisloses Bekenntnis zum marxistischen Sozialismus und engste Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse. Dieser linke Flügel ist zahlenmäßig schwach und teilweise von Elementen durchsetzt, die stark mit den Kommunisten sympathisieren und die Partei wahrscheinlich in kürzester Frist verlassen werden.

Am einflussreichsten scheint die Mittelgruppe zu sein, zu der in der letzten Woche ursprünglich mehr nach rechts orientierte Politiker wie Depreux und Philip gestoßen sind. Sie beabsichtigt, ein sehr realistisches Sofortprogramm auszuarbeiten: Kampf gegen die Spekulation durch Wiedereinführung unentbehrlicher Wirtschaftskontrollen, Steuerreform, fühlbare Herabsetzung der Militärkredite, Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen, Beendigung des Krieges in Indochina und Förderung der europäischen Föderation. Folgt sich die jetzige Regierung, dieses Programm anzunehmen und unverzüglich durchzuführen, werden sich die Sozialisten in die Opposition zurückziehen, selbst auf die Gefahr einer unvermeidlichen Auflösung der Nationalversammlung und der Ausschreibung von Neuwahlen hin.

Man kommt in der Partei immer mehr zur Überzeugung, daß die bisherige Kompromißpolitik den Sozialismus in Frankreich um seine letzten Chancen bringt. Es sei daher vernünftiger, sich auf eine klare, von der Mehrheit der Französisen gebilligte Linie festzulegen und dann auf dieser gesunden Grundlage erneut um das Vertrauen der Wähler zu werben. Man unterschätzt keineswegs die gaullistische Gefahr, bezweifelt jedoch ernstlich, daß die heutige Regierungskoalition mit ihrer unsicheren Politik in der Lage ist, die Vierte Republik zu retten. Das französische Volk ist am Ende seiner moralischen Widerstandskraft angelangt. Die politische Anarchie ist ihm zutiefst zuwider. Die sozialistische Partei teilt dieses Gefühl der Massen, sie zieht vor, mit der Vergangenheit zu brechen und den Sprung ins Ungewisse zu wagen, anstatt sich weiter an einer Politik der Verdrängung zu beteiligen. Bei den gegebenen politischen Verhältnissen erscheint es unwahrscheinlich, daß die französischen Sozialisten länger als bis Jahresende die jetzige Koalition unterstützen werden.

Die Zukunftsaussichten der Partei sind schwer abzuwägen. Das indirekte Wahlsystem des Rates der Republik, zusammen mit der betont antikommunistischen Strömung, dürfte ihr in der zweiten Kammer eine verhältnismäßig bedeutende, ihrer Stärke im Lande kaum entsprechende Stellung sichern. Sollte die Nationalversammlung aufgelöst werden, würde vorher das Verhältniswahlrecht durch das Verhältniswahlrecht mit zwei Wahlgängen ersetzt werden. Auch diese Lösung würde die Sozialisten begünstigen. Allerdings entscheidet über die Schlagkraft einer Partei weniger die Abgeordnetenzahl als ihr Ansehen bei den Wählern. Die wichtigste und entscheidendste Aufgabe ist die Rückgewinnung der Arbeiterklasse für die Ideen eines demokratischen Sozialismus. Von dem Erfolg dieses Unternehmens wird das Schicksal der sozialistischen Partei Frankreichs abhängen.

"Humanitätsduselei"

sp. Zu einem Bericht in der "Neuen Zeitung", "Leidensweg der ostdeutschen Opfer des Kommunismus" stellt uns Ingeborg Lehmann, die Tochter von Otto Lehmann-Russbueldt, jahrelange Mitarbeiterin der "Deutschen Liga für Menschenrechte" und früheres Mitglied der "Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland" folgende Beilage zur Verfügung:

"Im Juni 1945 stellte ich mich, nach Berlin zurückgekehrt, sofort der Anafia zur Mitarbeit zur Verfügung. Der Personalchef der damaligen Stadtverwaltung Friedewau teilte mich dem Leiter der Polizei als Sekretärin zu. Es entspann sich dabei folgendes, wortgetreu wiedergegebenes Gespräch:

Leiter: "Ich muß Sie noch fragen, ob Sie auch gesundheitlich in der Lage sind, polizeiliche Vernehmungsprotokolle zu führen".

Lehmann: "Durehaus! Sie können mich meinetwegen nachts um zwei Uhr dafür in Anspruch nehmen".

Leiter: "Darum handelt es sich nicht. Sie sind dabei manchmal Eindrücken ausgesetzt, die die Nerven angreifen".

Lehmann: (nach einer Pause) "Prügeln Sie denn die Angeklagten?"

Leiter: "Sie reagieren auch nicht immer auf Prügel".

Lehmann: "Foltern Sie sie denn auch?"

Leiter: "Wenn die Leute nicht auf Prügel reagieren, machen wir sie auf andere Art und Weise fertig."

Lehmann: "Das ist doch aber eine Unmenschlichkeit".

Leiter: "Die Russen machen es ja auch so".

Ich lehnte die Zumutung einer solchen Mitarbeit empört ab. Der Personalchef rügte meine "Humanitätsduselei". Ich hatte mich damals noch bemüht, dieses Erlebnis als einen Ausdruck der Rache zurückgedämmter Leidenschaften für die Opfer des Faschismus zu betrachten. Wenn die Mahnung dieser Opfer aber in uns lebendig bleiben soll, dann müssen wir diesen Folterknechten das Recht absprechen, die Opfer des Faschismus zu heiligen. Auf jeden Fall ist es offenbar geworden, daß die Russen und die SED die Folter von der Liste der Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestrichen haben".

Die Kommunisten melken verlässlicher

sp. Um die ungenügende Milchlieferung zu verbessern, hat das Preiser Ernährungsministerium angeordnet, daß "unverlässlicher" Bauern die Milchkuhe abgenommen und "verlässlichen Genossen" zum ordentlichen Melken übergeben werden.

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt